

Volker Jörn Walpuski

Mechanismen des institutionellen Antiziganismus.

Eine Rezension

Neuburger, Tobias & Hinrichs, Christian (2023): Mechanismen des institutionellen Antiziganismus: Kommunale Praktiken und EU-Binnenmigration am Beispiel einer westdeutschen Großstadt. Wiesbaden: Springer VS. ISBN: 978-3-658-41645-4 Print, ISBN: 978-3-8379-7921-3 E-Book (PDF), DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-41646-1>.

Neuburger und Hinrichs (2023) legen eine empirische Studie zu institutionellem Antiziganismus vor, die aus supervisorischer Perspektive intensiver in den Blick zu nehmen und vor allem in den Wissensbestand von Supervision zu integrieren ist. Die Studie arbeitet institutionelle Diskriminierungsprozesse in kommunalen Behörden aus soziologischer Perspektive dezidiert heraus und kritisiert sie. Zugleich ordnet sie diese Ergebnisse in einen europäischen und damit weit der lokalen Ebene übergeordneten, politischen Diskurs ein und legt so das wahre Ausmaß und die Reichweite dieser Diskriminierungsprozesse offen, die im supervisorischen Alltag lokal bearbeitet werden.

Entstehungshintergrund

Die Studie wurde von der Unabhängigen Kommission Antiziganismus (UKA) im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) 2019 beauftragt, weil zu diesem Zeitpunkt „keine wissenschaftlich seriös angelegte empirische Studie, die die Mechanismen des institutionellen Rassismus, dem Rom_nja und Sinti_ze durch staatliche Behörden ausgesetzt sind, untersucht“ (Jonuz & Stender 2023: VI), vorlag. 2021 wurde die Studie erstmalig präsentiert (Neuburger & Hinrichs 2021).

Anfang Oktober 2023 publizierte die Hannoversche Allgemeine Zeitung mehrere Berichte zur Studie und legte offen, dass es sich bei der untersuchten Stadt um Hannover handelt (Bohnenkamp & Rinas 2023 a; b; c; d; e; Rinas 2023 a; b; c; d; Schinkel 2023).

Daraufhin erfuhr die Studie kurzzeitig ein größeres Medienecho (vgl. u. a. Conti 2023; dpa 2023; Jung 2023).

Aus der Studie sind weitere Aufsätze entstanden, unter anderem mit grundlegenden Überlegungen zum Begriff des institutionellen Antiziganismus (vgl. Neuburger 2022a), über institutionellen Antiziganismus und die Neuerfindung von Sozialleistungsbehörden als wohlfahrtsstaatliche Grenzsicherungsbehörden (vgl. Neuburger & Hinrichs 2022) sowie über die Rolle von rechter Stimmungsmache hinsichtlich der Dynamiken des institutionellen Antiziganismus in der kommunalen Praxis (vgl. Neuburger 2022b). Parallel wurde von Randjelović et al. (2022) eine weitere große Studie für die UKA erstellt, die anhand von 93 Interviews das persönliche, berufliche und politische Wissen sowie Erfahrungen und Analysen zur Gegenwart von Rassismus gegen Sinti*ze und Rom*nja in Deutschland erforschte (vgl. Walpuski 2024a).

Aufbau

Die 224 Seiten der Arbeit sind in acht Kapitel mit Literaturverzeichnis gegliedert. Nach der Einleitung und Fragestellung der Untersuchung (Kapitel 1) stellen die Autoren in Kapitel 2 eine theoretische Rahmung und den Forschungsstand dar. Das Folgekapitel 3 erläutert die Forschungsstrategie und die methodische Vorgehensweise. Die Kapitel 4 bis 7 präsentieren die empirischen Befunde der Studie, geordnet nach den untersuchten Feldern: Kapitel 4 ist der kommunalen Wohnraumversorgung und Unterbringung gewidmet, Kapitel 5 dem Arbeitsmarkt und wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungen, Kapitel 6 stellt die Befunde zu Bildung und Schule dar und Kapitel 7 schließlich die Ergebnisse zur Gesundheitsversorgung. Die beiden ersten Untersuchungsfelder werden detailreich ausgewertet dargestellt, die beiden folgenden Kapitel lediglich vorläufig und verkürzt. Kapitel 4 bis 7 sind dabei in fünf zentrale Mechanismen des institutionellen Antiziganismus untergliedert, die die Autoren im Feld gefunden haben: Problematisierung, Abwehr, Verdrängung, Unterlassung und Eindämmung.

Warum das Buch für Supervisor*innen relevant ist!

Aktuelle sozialtheoretische Erkenntnisse aufzunehmen ist für eine Profession, die der Wissenschaft verpflichtet sein muss, unerlässlich. Kritische Perspektiven einzunehmen entspricht dem Supervisionsverständnis dieser Zeitschrift. Die besondere Relevanz wird zudem an folgender Szene²¹ schnell ersichtlich:

»Ich kann diese ganzen Bulgaren nicht mehr sehen«, beginnt eine Supervisandin aus der Arbeitsvermittlung (Markt & Integration) eines Jobcenters ihre Fallvorstellung in der Gruppensupervision. »Die kassieren hier nur das Kindergeld, die Kinder sind bei Oma in Bulgarien, und sie arbeiten schwarz!«, fuhr sie fort. »Und ewig beschwerten sie sich, dass eingereichte Unterlagen hier bei uns verschwinden. Das stimmt doch gar nicht. Am besten alle zurückschicken!«. Andere aus der Supervisionsgruppe murmeln Zustimmung...

Wie reagiere ich als Supervisor*in darauf? Verstehe ich diese Äußerung als Rassismus in Institutionen oder als institutionellen Rassismus? Darf ich als Supervisor*in überhaupt politisch intervenieren, oder muss ich neutral bleiben (vgl. Kraus 2005; Tölle 2015; Hammer 2024)? Welche Aufgabe und Rolle habe ich in diesem Setting?

Diese verdichtete Sequenz zeigt, „dass wir nicht nur über provokante Wortwahl, Tabubrüche und Stilmittel rechtspopulistischer Rhetorik diskutieren müssen, sondern auch über zugrundeliegende Deutungsmuster, Erzählungen, Weltanschauungen und programmatische Ansichten. Im besten Fall müssen Sprach- und Ideologiekritik miteinander verschränkt werden, damit es gelingt, das Programm und das Gedankengut hinter oftmals strategisch ambivalenten, doppelbödigen Formulierungen und rhetorischen Manövern aufzudecken. Um das Verhältnis vom Sagbaren und Machbaren, von Sprache, Gesinnung und Gewalt im rechtspopulistischen und rechtsextremen Feld auszuleuchten, lassen sich Schlagwörter und Narrative herausarbeiten, die gewaltbereiten Bürgerinnen und Bürgern zur Legitimierung der eigenen Ansichten und Taten dienen können“ (Séville 2019: 35).

Dem ist zuzustimmen, doch vorerst noch einen Schritt zurück: Zunächst ließe sich die Sequenz als individuelle Aussage einer Beschäftigten begreifen, die sich mit ihrem Arbeitsstress oder ihrer Meinung in der Supervision offenbart, die vielleicht – weil sich der ihr zugewiesene Kundenkreis zufällig zu 93,6 % aus bulgarischen Staatsangehörigen zusammensetzt – eine *déformation professionnelle* (vgl. Warnotte 1937) erlitten hat. Sie ließe sich dann als Einzelphänomen interpretieren und individualisieren. Vielleicht ließe sie sich in das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit integrieren, das die Arbeitsgruppe um Wilhelm Heitmeyer (2018) entwickelte.

²¹ Der Autor möchte als Supervisor aus Hannover klarstellen, dass diese Szene nicht der Region Hannover und damit auch nicht dem in der besprochenen Studie untersuchten Sample entstammt. Vielmehr deutet diese Szene ebenso wie die Reportage von Parth (2024) aus Gelsenkirchen darauf hin, dass in anderen Kommunen vergleichbare Phänomene und Strukturen bestehen.

Nach der Lektüre der im Folgenden besprochenen Studie von Neuburger und Hinrichs (2021; 2023) ist diese Individualisierung jedoch nicht mehr (ausschließlich) möglich. Vielmehr müssen Aussagen wie in dieser Sequenz vor dem Hintergrund organisationalen Handelns und sogar über Organisationsgrenzen hinaus als gemeinsames, institutionelles Handeln unterschiedlicher Organisationen verstanden werden. Die Sequenz bleibt dann nicht mehr individualisierter Einzelfall, sondern wird erkennbar als Teil eines umfassenderen Geschehens.

Dieses Geschehen arbeiten Neuburger und Hinrichs (2023) dezidiert heraus. Die detailreiche Darstellung aus der großen Menge empirischen Materials erschreckt, allein schon durch den jeweils beschriebenen Einzelfall, aber erst recht im systematischen Zusammenwirken zahlreicher Mechanismen, Institutionen und Organisationen. Es scheint, als gingen institutioneller Rassismus und Rassismus in Institutionen eine unheilvolle Allianz ein. Das untersuchte Jobcenter Region Hannover, „von der HAZ mit den Vorwürfen konfrontiert“ (Conti 2023), wiegelte ab: „So etwas könne es dort nicht geben und man sei sich auch nicht sicher, ob nicht eine andere Behörde gemeint sei, hieß es da sinngemäß“ (ebd.).

Dabei verdeutlicht die Rahmung der Mechanismen in EU-Binnenmigrations- und Politikdiskursen, dass sich der institutionelle Rassismus nicht lokal auf »eine westdeutsche Großstadt« reduzieren lässt, sondern dass inter- und transnationale Phänomene beschrieben wurden, die nach einer Antwort diesen Maßstabs rufen: In „der Ausgrenzungspolitik gegen die Roma [verschränken sich] tief verwurzelte Vorurteile, kaltes Verwaltungskalkül und problematische Weichenstellungen auf EU-Ebene. Denn die Kommunen liefern sich einen Wettkampf um die effektivsten Abschreckungstaktiken, weil sie die grundsätzliche Schizophrenie der EU-Osterweiterung auffangen müssen. Rumänen und Bulgaren sind willkommen, solange sie sich als prekär beschäftigte Arbeitssklaven verdingen – aber nicht, wenn sie Sozialleistungen in Anspruch nehmen“ (ebd.). Balibar (2003: 157 ff.) bezeichnet dies als »einschließenden Ausschluss«, der an den Diskurs um »working poor« anschlussfähig und aus der fleischverarbeitenden Industrie, aber auch von Baustellen bekannt ist (vgl. e.g. Goetzke 2020).

Die Autoren rekonstruieren deshalb das Zusammenwirken von Jobcenter, Wohnungs- und Sozialbehörden als Teil eines neuen Grenzregimes, das Guentner et al. (2016: 405)

als »welfare bordering« bezeichnen. Dies steht in einer Kontinuität von Differenzierungen zwischen »würdiger« und »unwürdiger« Armut, die im 19. Jahrhundert Grundlage der damals innovativen preußischen Sozialgesetzgebung wurden. So wird über diese Ämter verhandelt, was an mittelalterliche Fragestellungen erinnert: Wer darf in den Grenzen der Stadtmauer siedeln und ihren Schutz genießen? Ebenso entstehen Assoziationen zu den Megastädten des globalen Südens mit hohen Zuzugszahlen in Elendsvierteln. Und auch Gedanken an ein »racial profiling« kommen auf, wenn durch Behördenbeschäftigte nach stereotypem Gutdünken eine Zuordnung zu bestimmten Ethnien und daraus resultierend ein restriktiverer Umgang mit den antragstellenden Hilfebedürftigen folgt.

Dies lässt sich auch in eine historische Betrachtung einordnen, denn die Soziale Arbeit wirkte in den 1960er Jahren an einem Umschwung mit. Damals wurde kommunale Ordnungspolitik zu Sozialpolitik (vgl. Widmann 2001; Walpuski 2024b). Sinti*ze und Rom*nja wurden fortan als Aufgabe der Sozialen Arbeit begriffen, weil sie nicht dem bürgerlichen Ideal entsprachen und der „sozialpolitische Handlungsrahmen [...] durch virulente Differenzkategorien antiziganistischer Wissensbestände begründet [war]: dem sittsamen, planend und vorausschauend handelnden ‚Bürger‘ steht das Vexierbild des unzivilisierten, impulsiven und anmaßenden ‚Zigeuners‘ gegenüber. Entsprechend wurde Sinti_ze und Rom_nja ein sozialarbeiterisch zu bearbeitendes Entwicklungs- und Integrationsdefizit attestiert, da sie sich angeblich über Jahrhunderte erfolgreich jeglicher Form moderner Sozialdisziplinierung entzogen hätten“ (Neuburger & Hinrichs 2023: 24).

Die von Neuburger und Hinrichs herausgearbeiteten Abwehr- und Eindämmungsprozesse legen nahe, dass nun aus Sozial- wieder Ordnungspolitik wird, die allerdings nicht mehr bei den Ordnungsbehörden (e. g. Ausländerbehörde, Polizei), sondern in den Sozialbehörden und damit im Kernland der Supervision verortet wird. Zumal die Sozialbehörden sich im Sinne des New Public Managements (NPM) in allen untersuchten Feldern sozial- und privatwirtschaftlicher Dienstleistungen bedienen, um Unterkünfte oder Kindertagesstätten zu betreiben, Sozialberatung durchzuführen oder die Integration in den Arbeitsmarkt zu erzielen. Aus dem Sample ragt eine Mitarbeiterin eines Sozialverbands hervor. Dieser soll eine kommunale Notunterkunft betreiben, explizit ausgerichtet auf südosteuropäische EU-Bürger mit dem Roma-Label, und die Mitarbeiterin ist die einzige zitierte Interviewte mit kritischem Blick und professionsethischem Handeln. Denn gemeinsam mit ihrem Anstellungsträger weigert sie sich: „da sage ich einfach: So weit sind

wir nicht käuflich! Dafür sind wir eben ein Sozialverband, bestimmte Arbeiten machen wir einfach nicht“ (dies. 2023: 93). Eine solch klare, ethische Positionierung wäre im Feld der Gesundheitsversorgung wünschenswert gewesen, aber dort regiert bereits der Neoliberalismus anstelle des hippokratischen Eids, wenn beispielsweise Geburtsbegleitungen aus Kostengründen grundsätzlich unterlassen werden (dies. 2023: 184).

In der eingangs geschilderten Szene findet sich auch ein Gegenstück zum von Neuburger und Hinrichs beschriebenen Narrativ in der Behörde verschwundener Unterlagen, die erneut einzureichen seien (dies. 2023: 136). Als Supervisor*in stellt sich – sofern hier tatsächlich sabotierendes Verhalten in den Ämtern stattfindet (vgl. Seibel 2016) – die Frage, wie sich dieser Konflikt in der Supervision bearbeiten lässt. Werden tatsächlich Dokumente in größeren Mengen gezielt verschwinden gelassen oder zurückgehalten und die Bearbeitung verzögert? An welcher Stelle? Wem ist zu trauen, wem gilt die supervisorische Advokatorik – den ordnungsliebenden deutschen Behördenbeschäftigten mit Ausbildung und Amtseid oder den vermeintlich »sozialbetrügerischen, integrationsunwilligen Banden«? Wo beeinflussen eigene (antiziganistische) Stereotype meine supervisorische Arbeit, wo wirke ich am institutionellen Antiziganismus mit oder befördere ihn?

Gleichwohl sind die Sabotage, die politische Vereinnahmung und Binnenpolitisierung von Verwaltung beileibe keine neuen, sondern gut untersuchte Phänomene (vgl. bspw. Seibel 2016; 2017; Mayntz 1963), ebenso eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (vgl. Heitmeyer 2018). An manchen Stellen entsteht deshalb der Eindruck, dass der Wunsch der Autoren, institutionellen Antiziganismus nachzuweisen, verwaltungs- und organisationswissenschaftliche Erkenntnisse und Theorien hat in den Hintergrund rücken lassen. So kann der Eindruck entstehen, als gäbe es einen verdeckten Masterplan aus einem kommunalen Hinterzimmer anstelle eines dezentralen Koproduktionsprozesses aus vielen einzelnen Akten, Entscheidungen und gegenseitigen Bestätigungen zwischen kommunalen, nationalen und supranationalen Gremien und Entscheidungen. Unter Rückgriff auf das »Garbage Can Model« von Cohen, March und Olsen (1972) lassen sich Organisationen und ihr Handeln auch als „organisierte Anarchien“ fassen, die die „tatsächliche Lösung von Problemen eher als ein Zufallsprodukt“ (Seibel 2016: 98) entstehen lassen. Ein solches „Behördenversagen“ (ders. 2017) erfordert jedoch professionelle Gegensteuerung. Die fällt mit zunehmender funktionaler Ausdifferenzierung, politischer Vereinnahmung und New Public Management zunehmend schwerer:

„Hybride Arrangements [...] oder auch die Arbeitsteilung zwischen Behörden mit latenten oder manifesten Kompetenzkonflikten können den maßgeblichen Entscheidern in der Verwaltung Kompromisse nahelegen, die unter dem Gesichtspunkt von Recht und Gesetz oder nach ethischen Maßstäben unvertretbar sind und zugleich die Urteilskraft derjenigen schwächen, die die Unvertretbarkeit erkennen und sich zu entsprechender Kompromisslosigkeit durchringen müssten“ (Seibel 2016: 168).

Fazit

Die umfangreich und empirisch untersuchten Verwaltungspraktiken im Kontext der EU-Binnenmigration aus Rumänien und Bulgarien helfen, fünf zentrale Mechanismen des institutionellen Antiziganismus zu erschließen: Problematisierung, Abwehr, Verdrängung, Unterlassung und Eindämmung. Sowohl aufgrund des Forschungsgegenstands als auch des methodischen Vorgehens und der dargestellten Befunde empfiehlt sich die Lektüre sehr, insbesondere für Soziale Arbeit, Verwaltungs- und Politikwissenschaft sowie Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Gegenwärtig ist diese Studie einzigartig.

Die theoretische und methodische Herangehensweise sind gut argumentiert. Hilfreich sind die einleitenden Überlegungen, die zwischen Rassismus in Institutionen und institutionellem Rassismus unterscheiden, wobei letzterer in der Regel durch „in demokratischen Entscheidungsprozessen kodifizierte Regelungen und Gesetze legitimiert“ (Neuberger & Hinrichs 2023: 6) und damit nur schwer kritisierbar ist. Forschungsmethodisch zeigt sich die Schwierigkeit, eine Studie mit politischer Sprengkraft wirksam zu anonymisieren/pseudonymisieren. Ob es den Journalist*innen tatsächlich ausschließlich auf Grundlage des publizierten Textes in Verbindung mit eigenem Lokalwissen und dem Zugriff auf das eigene Verlagsarchiv gelang, die Anonymisierung aufzuheben (Bohnenkamp & Rinas 2023e), oder ob informierte Kreise hier entscheidende Hinweise an die Presse gaben, bleibt offen. Tatsächlich ist die Recherche von Fakten im Internet relativ einfach, sind Infrastrukturen und Entwicklungen nur schwer verfremdet zu beschreiben, so dass Anonymisierungsstrategien zum Schutz der Involvierten und aufgrund ihrer zum Teil herausgehobenen Positionen identifizierbaren Personen offenbar weitaus umfassender sein müssen als lediglich die Namen zu verschleiern.

Die gefundenen Praktiken sind zweifelsohne diskriminierend, in ihrer Fülle erschreckend und in einem demokratischen Rechtsstaat vor dem Hintergrund des Grundgesetzes und der Allgemeinen Menschenrechte nicht tolerierbar. Sie müssen kritisiert und verändert

werden. Damit dieses in einer kritisch-reflexiven, der Professionsethik verpflichteten Supervision gelingen kann, braucht diese dringend das von Neuburger und Hinrichs (2023) vorgelegte sozialwissenschaftliche Wissen.

Literatur

- Balibar, Étienne (2003): Sind wir die Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bohnenkamp, Christian; Rinas, Jutta (2023a): Einstellung des Jobcenters: „Hopfen und Malz verloren“. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung 74, 4.10.2023 (231), S. 19.
- Bohnenkamp, Christian; Rinas, Jutta (2023b): Rassismus vom Amt: Wie Hannover Roma loswerden wollte. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung 74, 4.10.2023 (231), S. 18-19.
- Bohnenkamp, Christian; Rinas, Jutta (2023c): Studie: Stadt Hannover hat Roma systematisch diskriminiert. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung 74, 4.10.2023 (231), S. 1.
- Bohnenkamp, Christian; Rinas, Jutta (2023d): Werden Roma-Kinder in Hannovers Schulen fälschlicherweise als geistig behindert eingestuft? In: Hannoversche Allgemeine Zeitung 74, 5.10.2023 (232), S. 17.
- Bohnenkamp, Christian; Rinas, Jutta (2023e): „Am Arsch der Welt“ – Hannover hat systematisch Roma diskriminiert. Unter Mitarbeit von Felix Harbart („Klar so weit?“). HAZ-Podcast, 10.10.2023, [online] URL: https://getpodcast.com/de/podcast/klar-so-weit/am-arsch-der-welt-hannover-hat-systematisch-roma-diskriminiert-hinterg_6bb317f12b, [Stand: 22.01.2024].
- Cohen, Michael D.; March, James G. & Olsen, Johan P. (1972): A Garbage Can Model of Organizational Choice. In: Administrative Science Quarterly, Jg. 17, H.1, S. 1-25. DOI: 10.2307/2392088.
- Conti, Nadine (2023): Antiziganismus in Hannovers Verwaltung: Rassismus von Amts wegen. In: die tageszeitung, 7.10.2023 (nord), [online] URL: <https://taz.de/Antiziganismus-in-Hannovers-Verwaltung!/5961191/> [Stand: 19.01.2024].
- dpa niedersachsen (6.10.2023): Kritik des OB Onay: Studie zu Diskriminierung von Sinti und Roma „frustrierend“. Hannover, [online] URL: [dpa:231006-99-461160/3](https://www.dpa.de/231006-99-461160/3) [Stand: 19.01.2024], erschienen u. a. in Zeit online, Süddeutsche Zeitung online, Tageblatt (Stade).
- Goetzke, Manfred (2020): Abgezockt, betrogen, gefährdet – Rumänen und Bulgaren in Deutschland, in: Deutschlandfunk: Das Wochenendjournal, Podcast vom 23.5.2020, 48:56 Minuten, [online] URL: <https://www.deutschlandfunk.de/niedriglohnsektor-abgezockt-betrogen-gefaehrdet-rumaenen-100.html> [Stand: 15.02.2024].
- Guentner, Simon; Lukes, Sue; Stanton, Richard; Vollmer, Bastian A.; Wilding, Jo (2016): Bordering practices in the UK welfare system. In: Critical Social Policy, Jg. 36, H. 3, S. 391-411. DOI: 10.1177/0261018315622609.
- Hammer, Franz (2024): Diskursverschiebung nach rechts – ein Thema für die Supervision?, in: Organisationsberatung Supervision Coaching, Jg. 31, H. 2, S. 271-282.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung 1. Berlin: Suhrkamp.

- Jonuz, Elizabeta; Stender, Wolfram (2023): Geleitwort. In: Neuburger, Tobias & Hinrichs, Christian: Mechanismen des institutionellen Antiziganismus. Kommunale Praktiken und EU-Binnenmigration am Beispiel einer westdeutschen Großstadt. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Bürgerbewusstsein, Schriften zur Politischen Kultur und Politischen Bildung), S. V-IX.
- Jung, Hagen (2023): Hannover vertrieb Roma. Stadt wies systematisch menschenunwürdige Quartiere zu. In: nd, 9.10.2023, [online] URL: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1176874.studie-zu-antiziganismus-hannover-vertrieb-roma.html> [Stand: 19.01.2024].
- Kraus, Björn (2005): Neutralität als professionelle methodische Haltung in der Sozialen Arbeit. Anspruch und Grenzen, in: Unsere Jugend, Jg. 57, H. 4, S. 145-155.
- Mayntz, Renate (1974 [1963]): Soziologie der Organisation. 42.–45. Tausend. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Neuburger, Tobias; Hinrichs, Christian (2021): Mechanismen des institutionellen Antiziganismus: Kommunale Praktiken und EU-Binnenmigration am Beispiel einer westdeutschen Großstadt. Forschungsbericht für die Unabhängige Kommission Antiziganismus, März 2021. Unter Mitarbeit von Ismail Bekir Dogru und Ria Tendler. Institut Bildung-Forschung-Qualifizierung e.V.; Institut für Didaktik der Demokratie und Forschungszentrum Center for Inclusive Citizenship, Leibniz Universität Hannover. Berlin, [online] URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/antiziganismus/neuburger-hinrichs.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [Stand: 19.01.2024].
- Neuburger, Tobias; Hinrichs, Christian (2022): Die institutionelle Produktion von „Armutszuwanderern“: Kommunalen Antiziganismus und die Neuerfindung des Jobcenters als wohlfahrtsstaatliche Grenzsicherungsbehörde. In: Supik, Linda; Kleinschmidt, Malte; Natarajan, Radhika; Neuburger, Tobias; Peeck-Ho, Catharina; Schröder, Christiane & Sielert, Deborah (Hrsg.): Gender, Race and Inclusive Citizenship. Dialoge zwischen Aktivismus und Wissenschaft, Wiesbaden: Springer VS, S. 195-226.
- Neuburger, Tobias & Hinrichs, Christian (2023): Mechanismen des institutionellen Antiziganismus. Kommunale Praktiken und EU-Binnenmigration am Beispiel einer westdeutschen Großstadt (Bürgerbewusstsein, Schriften zur Politischen Kultur und Politischen Bildung). Wiesbaden: Springer.
- Neuburger, Tobias (2017): Von Armutszuwanderern und Notreisenden. Antiziganismus in der Migrationsgesellschaft. In: Schreiber, Horst; Hussl, Elisabeth & Haselwanter, Martin (Hrsg.): Im Zwiespalt (Gaismair Jahrbuch 2018). Innsbruck: Studien-Verlag, S. 139-147.
- Neuburger, Tobias (2022a): Kommunale Grenzziehungen des Antiziganismus. Oder: Was heißt institutioneller Antiziganismus? In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Jg. 53, H. 1, S. 44-48.
- Neuburger, Tobias (2022b): „Projektionsfläche rechtsextremen Gedankenguts“ – zur Dynamik des institutionellen Antiziganismus in der kommunalen Praxis. In: Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, Jg. 2, H. 2, S. 215-235.
- Parth, Christian (2024): Zwei Zimmer, sechs Kinder, selten Strom. In: Zeit Online vom 20.5.2024, [online] URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-05/kinderarmut-gelsenkirchen-brennpunkt-zuwanderung-freizueigkeitsgesetz/komplettansicht> [Stand: 29.06.2024].
- Randjelović, Isidora; Gerstenberger, Olga; Fernández Ortega, José; Kostić, Svetlana & Attia, Iman (2022): Unter Verdacht. Rassismuserfahrungen von Rom:nja und Sinti:zze. Wiesbaden: Springer VS.
- Rinas, Jutta (2023a): „Diskriminierung von Sinti und Roma muss endlich aufhören“. Interview mit

- Professor Wolfram Stender. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung 74, 4.10.2023 (231), S. 19.
- Rinas, Jutta (2023b): „Aufklärung muss Chefsache sein“. Hannovers Politik fordert Konsequenzen aus einer Studie zu Rassismus gegen Roma. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung 74, 5.10.2023 (232), S. 1.
- Rinas, Jutta (2023c): „Es geht nicht um Hannover. Es geht um ein System“. Interview mit Mehmet Daimagüler. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung 74, 5.10.2023 (231), S. 17.
- Rinas, Jutta (2023d): „Wir fühlen uns oft wie im Gefängnis oder im Zoo“. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung 74, 7.10.2023 (234), S. 23.
- Schinkel, Andreas (2023): „Was hat Ihre Verwaltung eigentlich gegen Sinti und Roma, Herr Onay?“ Der Oberbürgermeister nimmt Stellung zur antiziganistischen Haltung in Teilen des Rathauses, die eine soziologische Studie dokumentiert. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung 74, 06.10.2023 (233), S. 16, [online] URL: <https://www.haz.de/lokales/hannover/diskriminierung-von-sinti-und-roma-bei-der-stadt-hannover-oberbuergermeister-belit-onay-nimmt-QHJKCBQPABEYZBB4I7DCE6H7YE.html> [Stand: 19.01.2024].
- Seibel, Wolfgang (2014): Kausale Mechanismen des Behördenversagens: Eine Prozessanalyse des Fahndungsfehlschlags bei der Aufklärung der NSU-Morde. In: *der moderne staat*, Jg. 7 , H. 2, S. 375-413. DOI: 10.3224/dms.v7i2.17322.
- Seibel, Wolfgang (2016): *Verwaltung verstehen. Eine theoriegeschichtliche Einführung*. Berlin: Suhrkamp.
- Seibel, Wolfgang; Klamann, Kevin; Treis, Hannah (2017): *Verwaltungsdesaster. Von der Loveparade bis zu den NSU-Ermittlungen*. Unter Mitarbeit von Timo Wenzel. Frankfurt, New York: Campus.
- Tölle, Ursula (2015): Zwischen Geduld und Empörung. Zur politischen Positionierung von Berater_innen. In: *Forum Supervision*, Jg. 23, H. 46, S. 46–61.
- Walpuski, Volker Jörn (2024a): Rezension zu: Neuburger, Tobias; Hinrichs, Christian (2023): *Mechanismen des institutionellen Antiziganismus. Kommunale Praktiken und EU-Binnenmigration am Beispiel einer westdeutschen Großstadt*. Wiesbaden: Springer. In: *socialnet Rezensionen*, [online] URL: <https://www.socialnet.de/rezensionen/31916.php> [Stand: 29.06.2024].
- Walpuski, Volker Jörn (2024b): *Zwischen Restauration und Inneren Reformen. Cora Baltussens transnational kontextualisiertes Leben und Wirken als Beitrag zur Entwicklung der Supervision in der Bundesrepublik Deutschland in den 1960er Jahren*. Weinheim: Beltz Juventa (Edition Soziale Arbeit).
- Widmann, Peter (2001): *An den Rändern der Städte. Sinti und Jenische in der deutschen Kommunalpolitik*. Berlin: Metropol (Reihe Dokumente, Texte, Materialien / Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, 39).